

nd Etere
-229, Kal-
n 250 bis
- Gralls-
en a. Br. t
ac: Wlich-
6, Bauler
in: Wlich-
schdmeins
en: Wlich-
- Kojen-
we 14-19.
en: Wlich-
ine 12 bis
20-30. -
12-15. -
- Gien-
8.50-8.00.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“
„Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt
bestw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl.
15 bestw. 20 Pfg. Zustellgeb. beim Bezug
durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 15 Pfg.
Postzeitungsgeb., zusätzl. 36 Pfg. Postzeitungs-
Gemeinnutz, 10 Pfg. Schriftl. Druck und
Verlag: G.W. Zaiser (Jah. R. Zaiser) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage
„Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige Dorgel-Zeile oder
deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J.
Reklamazeile 60 J., Sammel-Anzeigen 50%
Anschlag - für das Erscheinen von Anzeigen
in bestimmten Ausgaben und an besonderen
Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Chiffre-
Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telef.-Adresse: Gesellschafter Nagold. - In Fällen überer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. - Postl. No. Stuttgart 5113

Nr. 155

Gegründet 1827

Mittwoch, den 6. Juli 1932

Preis pro Nr. 20

106. Jahrgang

Der entscheidende Tag

Lausanne, 5. Juli. Herriot, der heute früh wieder in Lausanne eingetroffen ist, hat sich um 9 Uhr in Begleitung von Martin und Bonnet zu Mac Donald begeben. Die Unterredung dauerte 1 1/2 Stunden. Bei ihrem Abschied weigerten sich die französischen Minister, irgendwelche Zusätze zu geben. Inbes bemerkte Finanzminister Martin lächelnd: „Wir haben immer noch die Taschen leer, sind aber voll von Hoffnungen.“ Wenige Minuten nach dem Weggang der französischen Minister trafen Reichsminister v. Papen, Reichsaussenminister Frhr. v. Neurath und Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk bei Mac Donald ein.

Über den Verlauf der heutigen Besprechungen bei Mac Donald verlautet, daß die Haltung der Franzosen zunächst kalt sei. Im Lauf des Nachmittags werden weitere Besprechungen zuerst zwischen der französischen und englischen und zwischen der deutschen und englischen Abordnung stattfinden, die dann voraussichtlich in eine gemeinsame Besprechung einmünden werden. Jedenfalls hat man den Eindruck, daß es sich um den entscheidenden Tag handelt, und daß bis heute abend das Konferenzergebnis wenigstens in seinen großen Zügen feststehen wird.

Es gehen Gerüchte um, daß Herriot sich in bezug auf die französische Forderung von 4 Milliarden Goldmark u. n. a. gieblich gezeigt habe. Von englischer Seite bemüht man sich, eine neue deutsch-französische Besprechung bei Mac Donald herbeizuführen, um die Gegensätze auszugleichen. Die deutsche Abordnung will bekanntlich keinesfalls über 2 Milliarden, wobei sämtliche Zahlungen einbezogen wären, hinausgehen.

Während des Besuchs, den die deutschen Minister bei Mac Donald abstaten, überlag der „Graf Reppelin“ das Hotel „Beau Rivage“. Das schöne Bild veranlaßte eine kleine Unterbrechung der Unterhandlungen, da die Minister gemeinsam auf den Balkon des Beratungszimmers traten, um das sonnendeckelte Luftschiff zu bewundern.

Festbleiben!

Essen, 5. Juli. Unter der Überschrift „Was geht in Lausanne vor?“ veröffentlicht die hiesigen Wälder einen Aufruf der Vaterländischen Vereinigungen mit einem Vortrag, in welchem Professor Grimm noch einmal mit aller Deutlichkeit und Schärfe auf die Unannehmbarkeit der jetzigen Gläubigerforderungen in Lausanne hinweisen wird. Professor Dr. Grimm wird noch einmal auf die Tatsache hinweisen, daß wir bereits 11,000 Milliarden RM. mit den Young- und Daweszahlungen entrichtet haben, daß diese ungeheure Summe aber nicht aus eigenem gezahlt wurde, sondern daß sie geborgt worden ist. Diese Tatsache ist im Völkler Bericht vom 23. September 1931 festgesetzt worden. Bei einer Verzinsung von 8 Prozent belaufen sich die von Deutschland hierfür allein zu zahlenden Zinsen auf 600 Millionen RM. im Jahr, dazu kommen 85 Millionen Reichsmark Zinsen aus der Dawesanleihe, weitere 65 Millionen Reichsmark aus der Younganleihe, ferner die amerikanische Schuld von 40 Millionen RM., die heiligsten Markforderungen mit 25 Millionen RM., so daß wir aus den bisherigen Anleihen allein mit jährlich 875 Millionen Reichsmark Zinsen belastet sind, selbst, wenn die ganze Reichsschuld gestrichen wird. Dr. Grimm wird aufs schärfste betonen, daß wir zu den bestehenden Verpflichtungen neue durch Restzahlungen nicht hinnehmen können, sondern daß es unbedingt beim „deutschen Reim“ bleiben muß.

Die „Times“ zu den Lausanner Fragen

London, 5. Juli. In einem Leitartikel zollt „Times“ der Rolle, die Mac Donald in Lausanne gespielt hat, anerkennende Worte und führt dann weiter aus, es würde unerklärlich sein, wenn Zeit und Kraft vergeudet werden sollten wegen einzelner Punkte, die viel weniger wichtig sind als der Grundsatz, über den eine Vereinbarung erreicht sei. Deutschland habe sich bereit erklärt, einen gewissen „Beitrag“ zu leisten, und die anderen Mächte haben sich bereit erklärt, auf regelmäßige Reparationszahlungen zu verzichten oder auch nur davon zu sprechen; das Geld, das Deutschland bezahlen werde, solle der gemeinsamen Sache der Wiederherstellung Europas gewidmet werden. Das Erreichte sei zu wertvoll, als daß es gefährdet werden dürfte wegen der letzten Einzelheiten oder wegen des Datums der Ratifizierung. Wenn eine oder die andere Abordnung in der letzten Minute die Vereinbarung wegen dieser oder jener Bedingung zerlöse, dann werde ihr die Welt das nicht so leicht verzeihen. Selbst die Höhe des deutschen Beitrags sei verhältnismäßig unwichtig. Ob die Summe zwei Milliarden oder das Doppelte ausmache, habe gar nichts mit Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu tun. Die Summe sei viel geringer als die Gesamtsumme, die vor nur zweieinhalb Jahren von den Sachverständigen im Haag als „zahlbar“ erklärt worden sei. Sie habe keinen Zusammenhang mit den großen Summen, die die anderen europäischen Mächte technisch noch immer an die Vereinigten Staaten schulden.

Die Summe sei das Wahrzeichen dafür, daß die Reparationen der Vergangenheit angehören.

Es verlautet, fährt „Times“ fort, daß die deutsche Abordnung eine Anregung wegen der Aushebung der Abrüstungs- und Reparationsklauseln des Versailler Vertrags gemacht habe. Demgegenüber sei in erster Linie zu bemerken, daß kein Vertrag durch eine Gruppe von Unterzeichnern geändert werden könne, und in Lausanne seien nur die Reparationsmächte vertreten. In erster Linie erzeuge die bloße Erwähnung einer Vertragsänderung auf vielen Seiten so weitgehende Bedenken, daß ganz unnötigerweise Aufregung und Verwirrung in die Konferenz hineingebracht würden. Aber tatsächlich würde die Vereinbarung, die jetzt in Sicht ist, an und für sich auf eine Abänderung des Vertrags hinauskommen, da sie praktisch die Aufhebung des ganzen Reparationsabschnitts bedeute.

Der Berichterstatter der „Times“ sagt zu der deutschen Auffassung, daß die Kriegsschuldfrage beseitigt werden müsse: Wenn man in Lausanne den Reparationen ein Ende macht, dann sollte es nicht schwer sein, eine Klausel zu finden, die zum Ausdruck bringt, daß durch die Befreiung der Reparationen logischerweise Teil 8 des Versailler Vertrags einschließlich des Artikels 231 hinfällig wird. Eine solche Klausel würde wohl bei einigen Mächten auf Widerstand stoßen, aber die Anregung scheint keine so schwierige Lage geschaffen zu haben, wie dies noch vor gar nicht langer Zeit der Fall gewesen wäre, denn wenn es der deutschen Abordnung gelingt, die „Leiche der Kriegsschuldfrage“ mit nach Berlin zu bringen, so würde sie damit einen innerpolitischen Erfolg erzielt haben, der viel wichtiger ist als das Risiko einer Verzögerung der Ratifizierung durch die Signatarmächte.

Kräftige Worte Grandis

Schwamm drüber

Lausanne, 5. Juli. Die italienische Abordnung gibt den Inhalt einer Unterredung bekannt, die der italienische Außenminister Grandi mit dem Vertreter des „West Parisien“ hatte. Das Pariser Blatt hat aber diese Unterredung bis jetzt folgeschweigend, sie wird deshalb jetzt von der italienischen Abordnung allgemein bekanntgegeben.

Wieder ein Nothaushalt

Schon das ist kein gutes Zeichen, daß der Reichsetat 1932, der eigentlich vor dem 1. April fällig war, jetzt erst verabschiedet wurde, und dies nicht etwa durch den Reichstag (Art. 85), also durch ein „Gesetz“, sondern auf dem Wege der Notverordnung (Art. 48). Allerdings hätte der Reichstag Gelegenheit erhalten, zu ihm Stellung zu nehmen. Auch wird angenommen, daß der neue Reichstag nach seinem Zusammentritt einen Einblick in das umfangreiche Schriftstück tun kann. Freilich wird es nicht viel helfen. Denn erstens ist bis dahin bereits ein halbes Jahr dahingewandert, zweitens werden die Ziffern sich erheblich verändert haben. Nun hatten wir schon einmal dies erlebt: nämlich 1930, wo ebenfalls ein Reichshaushalt in der Defizit des Reichstags verabschiedet wurde.

Nach dem allgemeinen Ueberblick, der dieser Tage veröffentlicht wurde, sind für 1932/33 Gesamtausgaben von rund 8219 Millionen Mark vorgesehen, 1931 waren es 9570, 1930: 10 602, 1928 gar 11 414 Millionen! Also 3 Milliarden weniger als die Höchstziffer. So erfreulich dies klingt, so betrübend ist die Wahrnehmung, daß wir so stark abbauen mußten. In den letzten Jahren war viel zu läppig gewirtschaftet worden, nicht etwa aus der Fülle wirklicher Einnahmen, sondern aus Anleihen, die man sich aus dem Ausland verschreiben ließ, ohne zu bedenken, daß man sie auch verzinsen und tilgen muß; dann aber auch aus Ueberschüssen früherer Jahre, als ob diese so bald als möglich aufgezehrt werden müßten. Werden nun jene 8219 Millionen, die für 1932 vorgesehen sind, auch wirklich durch ebensoviele Einnahmen gedeckt werden?

Zum Ausgleich des neuen Reichshaushalts sind neben den üblichen Verwaltungseinnahmen (Gebühren, Geldstrafen usw.), den Bank- und Münzgewinnen, den Reinerträgen der Reichspost, Reichsbahn und Reichsdruckerei in weitaus erster Linie die Steuer- und Zolleinnahmen bestimmt. Man rechnet damit, daß dem Reich vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933 aus Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt 4757 und aus Zöllen und Verbrauchsabgaben (einschließlich Spritmonopol) im ganzen 2709 Millionen Mark zuzuführen werden. Beide Posten ergeben vereinigt 7466 Millionen Mark. Aus den Unterlagen, die das Statistische Reichsamt veröffentlicht, geht hervor, daß im Finanzjahr 1931/32 das Reich an Steuern und Zöllen 7790 Millionen Mark eingenommen hat, davon an Besitz- und Verkehrssteuern 5001 und an Zöllen

Tagespiegel

Am Dienstag nachmittag fand eine neue Besprechung Papens und Neuraths mit Mac Donald statt, die von 3.30 bis 4.45 Uhr dauerte. Sie teilten Fragenden mit, das Ende der Konferenz sei noch nicht abzusehen, es sei noch kein Fortschritt erreicht; jedenfalls müßten noch mehrere Besprechungen stattfinden.

Das Reichsgericht hat das Verbot der Kölner Volkszige wegen Gefährdung der außenpolitischen Interessen und Verächtlichmachung des Reichstanzlers v. Papen auf drei Tage befristet.

Der Anhaltische Landtag nahm einen sog. Antrag an, die Staatsregierung wolle wegen Aufhebung der letzten Notverordnung bei der Reichsregierung vorstellig werden.

Der deutsche Generalkonsul in Sydney ist beauftragt worden, der australischen Bundesregierung den Dank der deutschen Regierung auszusprechen für die Unterstützung, die Australien bei den Nachforschungen und der Rettung der vermissten deutschen Flieger Bertram und Clausmann geleistet hat.

Vom Strafgericht in München wurde der Fabrikant Danzeisen aus Pasing, Mitglied der NSDAP, zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Unteruchungshaft seit 8. April d. J. verurteilt, weil er nach der Anklage ein anderes Parteimitglied gegen eine Belohnung von 100 Mark zu veranlassen suchte, ihm mißliebige Persönlichkeiten der Parteileitung sowie Hauptmann Röhm und den Grafen Du Moulin zu beseitigen.

Nach drei Wochen Arbeit, so führte Grandi aus, bin ich mehr denn je überzeugt, daß die einzige, in Lausanne mögliche Lösung im Interesse aller eine Lösung des „Schwamm drüber“ sein muß, um mit den Deutschen zu reden. Die Konferenz hat am ersten Tag einen wichtigen Akt vorgenommen. Sie hat zwischen den europäischen Gläubiger- und Schuldnermächten die Zahlungen aus Reparationen und Kriegsschulden aufgehoben. Das war in der Tat ein guter Anfang. Die Erörterungen sind nachgefolgt. Wir müssen jetzt vermeiden, daß diese Erörterungen dazu führen, die Endziele aus dem Auge zu verlieren, zu deren Lösung wir hier zusammengekommen sind. Die Lausanner Konferenz ist nicht zusammengekommen, um uns zukünftige und zweifelhafte Zahlungen sicherzustellen, durch die die heutige künstliche und unnatürliche Lage nur erschwert würde. Die Konferenz wurde ein-

pro Stück
75 RM
120
100
145

pro Jahr
-34 RM
-50

00-15.50
00
25
50-11.-
00-9.50
el gedruckt,
noch auf-

1932.

J. 11-
40, 81 J.
Do. A. Gorb
O. A. Gorb
en.

so daß
zu ver-
ten ist.

icher
gold

id
ntrollierung
eit wurden
gennehm-
he an

ndwirte
gestellt.
11.-RM.
nteressen-
innen zwei
den. 53
Juli 1932
meisteramt.

tschrift
mann

MOS

tte mit vielen
und ein- und
gen Talin und

nteressantes
Vierteljahr für

uchsbldg.
sin“

80
sammt
Brut
Nagold.

abend 8 Uhr
mpfehle ich

geb. 5.40
ee . 6.30

2 je 2.40
4.30
gold
■■■■■■■■



berufen, um die für die Wiederherstellung von Vertrauen und Austausch erforderlichen Maßnahmen zu vollbringen.

Es muß vermieden werden, daß der Geist, der die früheren Pläne diktiert hat, in unsere gegenwärtigen Arbeiten eindringt. Unsere Aufgabe darf nicht diejenige sein, eine neue Konferenz vorzubereiten. Können Zweifel fortbestehen, so wird der Wiederaufbau der Welt unmöglich. Die Erklärung des 16. Juni, die die Zahlungen für Reparationen und Kriegsschulden zwischen den europäischen Mächten aufzuheben hat, hat den Weg gezeigt. Man muß diesen Weg bis zu Ende gehen. Die Regelung, die aus Lausanne hervorgeht, muß eine Endregelung sein, und die Strelchung muß sich auf alle europäischen Gläubiger- und Schuldnermächte, auf Reparationen und Kriegsschulden erstrecken. Nur so kann man eine Weltregelung vorbereiten, von der die Erklärung vom 16. Juni spricht.

Es ist so weit, wo man gegenüber jedem die Bitte des Evangeliums wirklich anwenden muß: Dimittis nobis debita nostra. Vergib uns unsere Schulden. Aber damit das einreden kann, ist es nötig, daß jede von den hier vereinigten Regierungen den Mut hat, in Latein mehr als in Worten ihren Teil ganz zu übernehmen an der Verantwortlichkeit, dem Opfer und dem Risiko, wie es die Schwere der Stunde erfordert.

Es ist begreiflich, daß das der französischen Regierung nachstehende Pariser Blatt die ehrliche Meinung Grandis nicht wiedergeben wagte.

Schleichende Regierungskrise in Frankreich

Paris, 5. Juli. Die Ausgleichung des französischen Staatshaushalts macht dem Kabinett Herriot schwere Sorgen. Die Finanzpläne der Regierung sind bei der eigenen Partei Herriots, den Sozialradikalen (Linksdemokraten), und bei den Sozialisten auf starken Widerstand gestoßen, nicht nur wegen der neuen Steuern, sondern mehr noch wegen der vorgeschlagenen Einsparungen im Beamtentum. In Paris kochen in den Straßen große Mauerzettel: „Rührt nicht an die Beamten!“ Diese Losung ist in einem so ausgesprochenen Beamtenstaat wie Frankreich sehr gefährlich, besonders für die Linke, da die Beamten einen großen Teil der sozialradikalischen und auch der sozialistischen Wählererschaft ausmachen.

In der Sitzung des Finanzausschusses der Kammer, zu der Herriot aus Lausanne herbeieilte, hatte er Mühe, seine eigenen Parteifreunde zu beschwichtigen, mit dem Hinweis, daß man ihm jetzt nicht in den Rücken fallen dürfe, wo in Lausanne für Frankreich alles auf dem Spiel stehe. Von der Annahme der Finanzvorlage im Ausschuss war keine Rede, so daß Herriot am Montagabend, mit der völlig ungelösten Finanzkrise im Rücken, nach Lausanne zurückkehrte, nachdem er noch in hochtönenden Worten eine „Proklamation an das Parlament und die Nation“ erlassen hatte: man möge Geduld haben; er brauche Verdunruhe und Kolikbitterkeit für die internationalen Verhandlungen, wenn er etwas Gutes aus Lausanne mitbringen sollte. Die Krisenstimmung herrscht aber fort und das Schicksal des Kabinetts hängt an einem Faden.

Der Sozialist Leon Blum erklärt im „Populaire“, die Regierung verschleierte in der Begründung ihres Finanzplanes die wahre Lage künstlich. Sie spreche von der Ausfüllung eines Fehlbetrags von etwa vier Milliarden Franken (640 Millionen Mark). In Wahrheit seien aber die Fehlbeträge von 1930 bis 1932 allein schon auf 11 bis 12 Milliarden (4,4—5 Milliarden Mark) angelaufen. Wenn man noch den voraussichtlichen Fehlbetrag von 1933 decken wolle, so brauche man ganz andere Summen. Immer neue Schatzanleihen; alle Reserven des Staatsschatzes seien erschöpft.

Trotzdem haben in der Sitzung des Finanzausschusses Herriot und der Haushaltsminister mitgeteilt, daß in der Kasse des Staatsschatzes, die unter dem Finanzminister Chéron noch 17 Milliarden Franken zur Verfügung hatte, am 2. Juli nur noch 40 Millionen Franken vorhanden gewesen seien.

Neue Nachrichten

Kein Streit zwischen Reichsregierung und Reichsrat

Berlin, 5. Juli. In einigen Zeitungen ist davon die Rede, daß im Verlauf der Haushalts-Beratungen im Reichsrat ein Streit zwischen Reichsregierung und Reichsrat entstanden sei. Wie von zuständiger Seite dazu erklärt wird, kann davon in keiner Weise die Rede sein. Die Änderungen des Reichsrats beziehen sich lediglich auf einige wenige Anforderungen und sind bereits von den Vertretern der Reichsregierung in den Reichsratsverhandlungen erörtert worden. Falls eine Vorlage des Haushalts an den Reichstag notwendig sein wird, wird die Reichsregierung in einigen Anforderungen eine Doppeltvorlage einbringen.

Entschliebung des Bayerischen Landbunds

München, 5. Juli. Der Bundesvorstand des Bayerischen Landbunds faßte eine Entschliebung, in der es u. a. heißt: Der Bayerische Landbund hat den Rücktritt der parlamentarisch gebundenen Regierung Brüning begrüßt und steht in dem gegenwärtigen Reichskabinett die Willensäußerung des Reichspräsidenten, die Regierung von dem Einfluß der politischen Parteien unabhängiger zu machen. Ohne Verfassungsreform ist eine politische Veruhigung und ein wirtschaftlicher Aufstieg nicht möglich. Der Bayerische Landbund wendet sich gegen alle Bestrebungen, die mit einer Loslösung Bayerns vom Reich spielen.

Erlaß des Chefs der Marineleitung zur Rückkehr der deutschen Kriegsschiffe aus Danzig

Berlin, 5. Juli. Der Chef der Marineleitung hat anlässlich der Rückkehr des Linienschiffs „Schlesien“ und der Torpedoboote „T 190“ und „G 10“ aus Danzig folgenden Erlaß an den Flottenchef und die Seebefehlshaber gerichtet: „Mit großer Genugtuung habe ich die Berichte über die wohlgeleitete Durchführung des Besuchs von Danzig erhalten und freue mich über das musterartige Verhalten und den vorzüglichen Eindruck, den das Linienschiff „Schlesien“, die Torpedoboote „T 190“ und „G 10“ und ihre Besatzungen hinterlassen haben. Ich spreche dem Befehlshaber der Linienschiffe, Comteradmiral Forster, sowie den beteiligten Seeoffizieren meine besondere Anerkennung aus.“

Verbot einer nationalsozialistischen Kundgebung in Landshut

München, 5. Juli. In Landshut sollte am vergangenen Sonntag gleichzeitig mit der Kundgebung des Bayerischen Christl. Bauernvereins eine nationalsozialistische Bauernkundgebung stattfinden, bei der über das Thema „Dr. Heim oder Adolf Hitler?“ gesprochen werden sollte. Diese Kundgebung wurde verboten. Die Reichsleitung der NSDAP hat beim Reichsinnenminister Einspruch erhoben.

Kommunist von Kriminalbeamten in Notwehr erschossen

Berlin, 5. Juli. Im Südosten Berlins wurde gestern Abend ein Kriminalbeamter der politischen Polizei, der gegen eine politische Schlägerei eintritt, von mehreren Kommunisten zu Boden geschlagen. In Notwehr feuerte darauf der Beamte einen Schuß ab, der den 68jährigen Arbeiter Rudolf Kubath tödlich in die Herzgegend traf.

Beamtenkundgebung gegen Gehaltskürzung in Paris

Paris, 5. Juli. Vor dem Kammergebäude verhielten sich gestern Beamte gegen die Kürzungen zu protestieren, die in dem neuen Finanzgesetzentwurf vorgesehen sind. Die Polizei nahm etwa 300 Beamte vorübergehend fest.

Württemberg

Stuttgart, 5. Juli.

L. C. Präsident Dietlen 70 Jahre alt. Der Präsident des Landw. Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern, Domänenpächter a. D. Dietlen-Tübingen, vollendet am 7. Juli d. J. sein 70. Lebensjahr. Dietlen ist in Wattenhardt als Sohn des Forstmeisters Dietlen geboren. Er studierte 1881—1883 in Hohenheim. Bis 1890 war er Gutsbeamter bei der Zuckerfabrik Stuttgart, bis 1898 Verwalter der Besitzungen des Frhrn. v. Varnbüler, Hemmingen-Höfingen. 1898 bis 1912 war Dietlen Pächter der Fürstl. Hohenzollernschen Domäne Bauhof bei Sigmaringen. Für einen Mann seiner Art verstand es sich von selbst, daß er seine Kräfte auch in den Dienst der Allgemeinheit stellte. So war Dietlen lange Jahre Mitglied der Zentralstelle für Landwirtschaft und Gewerbe in Sigmaringen und später deren Vorsitzender als Nachfolger des Grafen von Brühl. Maßgeblich beteiligt war Dietlen an der Gründung des Landesverbandes der Landw. Bezirksvereine in Hohenzollern im Jahr 1920. Seit 1923 ist Dietlen Vorsitzender des Landw. Bezirksvereins Tübingen. In diesem Jahr berief ihn das Präsidium der württembergischen Landwirtschaft in den Vorstand des Landw. Hauptverbandes und übertrug ihm gleichzeitig das verantwortungsvolle Amt des Präsidenten des Verbandes. In diesem Amt bewährte sich sein auf strenge Sachlichkeit gerichtetes, ernstes, ruhiges, ausgeglichenes und vornehmes Wesen außerordentlich, so daß seine Mitwirkung auch in anderen Körperchaften und Gremien, so u. a. in der Württ. Landwirtschaftskammer, dem Vorstand der Vereinigung der deutschen Bauernvereine in Berlin u. a. gesichert wurde. Aus der Kriegszeit her ist Dietlen Inhaber des preußischen Verdienstkreuzes für Kriegsdienst.

Zur Wahl des Vorsitzenden des Genossenschaftsverbandes

Am 11. Juli d. J. findet in Stuttgart die ordentliche Verbandsoberversammlung des Württ. Landesverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften statt. Der Tagung kommt diesmal eine für die württembergische Landwirtschaft ganz besondere Bedeutung zu. Neben der Vornahme von Satzungsänderungen wird die Verbandsoberversammlung die Aufgabe haben, einen neuen Verbandsvorsitzenden zu wählen. Es bedarf wohl kaum eines besonderen Hinweises, daß unter den heutigen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen gerade dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen außerordentliche Aufgaben gestellt sind. Diese erstrecken sich sowohl auf das ländliche Geld- und Kreditwesen, wie vor allen Dingen auch auf den weiteren Ausbau des genossenschaftlichen Produktions-, Molkerei- und Abfallwesens. Im Hinblick hierauf ist es unerlässlich, daß an die Spitze des Landesverbandes eine Persönlichkeit kommt, die mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen und Belangen von Berufswegen vertraut und aufs engste verwachsen ist. Ohne auf die in Verbindung mit der Wahl des Vorsitzenden in den letzten Wochen genannten Bewerber abzuheben, muß im wohlverstandenen Interesse unserer württembergischen Landwirtschaft hervorgehoben werden, daß die soeben erwähnten Voraussetzungen weitgehendst nur bei solchen Männern gegeben sind, deren Tätigkeit bisher ausschließlich mit dem Gesamtgebiet der württembergischen Landwirtschaft verbunden war. An die Spitze einer großen landwirtschaftlichen Organisation gehört ein Landwirt. Es sollten daher die bäuerlichen Mitglieder der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Erkenntnis der Tragweite der bevorstehenden Wahl des neuen Verbandsvorsitzenden dafür Sorge tragen, daß von Seiten ihrer Genossenschaften möglichst nur solche Vertreter, die in erster Linie die Interessen der Landwirtschaft im Auge haben, als stimmberechtigte Vertreter in die Verbandsoberversammlung entsandt werden.

6,5 Millionen Mark Abmangel

Umlageerhöhung um 1,5 Prozent — Förderung des Wohnungsbaus

Stuttgart, 5. Juli. Hatte der städt. Voranschlag für 1932 bei seiner Vorlegung an den Gemeinderat ein Defizit von 4,8 Mill. RM. aufzuweisen, so konnte durch die Abminderungen der Finanzkommission der Abmangel auf 3,4 Mill. RM. herabgedrückt werden. In der Zwischenzeit ist jedoch der Gesamtschuldbetrag infolge des täglich wachsenden Mehrbedarfs des Wohlfahrtsamts wieder angewachsen, und zwar auf 6,45 Mill. RM.

Als Deckungsmöglichkeiten hat die Stadtverwaltung, wie Rechnungsrat Hirtzel in einer Pressebesprechung mitteilte, folgende sechs Vorschläge dem Gemeinderat unterbreitet: 1. Senkung der Reichsquote für sämtliche Unterabteilungen des Wohlfahrtsamts um 20 Prozent im Sommer und 10 Prozent im Winter gleich 1,3 Mill. RM., 2. Ausgabenverminderung im Besoldungswesen durch Nichtbefugung von Stellen, die

durch Zurückbehaltung zur Erledigung kommen gleich 120 000 Reichsmark, 3. Einführung der Bürgersteuer 250 Prozent gleich 1,5 Mill. RM., 4. Einführung der Getränkesteuer 10 Prozent auf Wein und alkoholfreie Getränke in Wirtschaften (nicht auf Bier) gleich 400 000 RM., 5. Umlageerhöhung um 1,5 Prozent (bisher 15 Prozent) gleich 1,4 Millionen RM., 6. Reichshilfe (die Stuttgart nach Einführung der Notverordnungsteuern jetzt zum erstenmal erhält) bei 73 007 RM. im Juni 14 Monate gleich 1,2 Mill. RM. Diese sechs Deckungsvorschläge ergeben zusammen einen Betrag von 5,92 Mill. RM., so daß noch ein ungedeckter Restschuldbetrag von 620 000 RM. übrig bleibt.

Um die Wohlfahrtsverwehrsansgaben produktiver zu gestalten, plant die Stadt Stuttgart, solchen Bauunternehmern, die Wohlfahrtsverwehrsarbeiten gegen Tariflohn, aber ohne Entlassung anderer Arbeiter, beschäftigen, die Wohlfahrtsbeiträge als Darlehen zu 1 Prozent Zins bei 3 Prozent Tilgung zu geben. Unter der Voraussetzung, daß nur ortsanfässige Arbeiter (mit Familie 1 Jahr in Stuttgart anfassig) beschäftigt werden, sieht die Stadtverwaltung zur Förderung des Mietwohnungsbaus noch verschiedene andere Förderungsmöglichkeiten vor, wie Veräußerung von städtischem Baugebäude zu günstigen Zahlungsbedingungen (20 Jahresraten, Restbetrag 4 Prozent Zins), Uebernahme von Bürgschaften für Darlehen von dritter Seite bis zu 4000 Mark und gleichzeitige Bewilligung von Zinszuschüssen, Senkung der Strafkostenbeiträge um 15 Prozent, Bereitstellung von 400 000 RM. zur Darlehensgewährung. Ueber diese letzteren Punkte soll der Gemeinderat schon am Donnerstag Beschluß fassen.

Klara Zettin 75 Jahre alt. Klara Zettin, die seit 50 Jahren in der Arbeiterbewegung steht, vollendet heute ihr 75. Lebensjahr.

Reichskanzler a. D. Brüning spricht in Stuttgart und Osnabrück. Reichskanzler a. D. Dr. Brüning wird am Dienstag, 19. Juli, abends 7 Uhr in Schwab. Osnabrück sprechen, von wo er gegen 9 Uhr nach Stuttgart kommen wird, um auch noch in der Zentrumskundgebung in der Stadthalle, die um 8 Uhr beginnt und in der zuerst Staatspräsident Dr. Volz sprechen wird, das Wort zu nehmen.

Landesversammlung der Volkrechtspartei. Die Volkrechtspartei hielt hier eine Landesversammlung ab, die sich mit der bevorstehenden Reichstagswahl beschäftigte. Oberbürgermeister Bauer berichtete über die Beschlüsse der Bürger-Reichstagsversammlung und über die Verhandlungen zum Zweck einer geeigneten Listenverbindung zur Sicherung der Reichstimmungen. Die Versammlung erklärte sich einmütig für Aufstellung eigener Kreiswahlvorschläge und ermächtigte den Vorsitzenden, das günstigste Wahlabkommen abzuschließen. Als Spitzenkandidat wurde Oberbürgermeister Bauer aufgestellt, der auch im Reich an erster Stelle vorgeschlagen ist.

Auszahlung der Dienstbezüge. Nach einem Erlaß des Finanzministeriums an die staatlichen Verwaltungskassen ist der Rest der voranzahlbaren Dienst- und Versorgungsbezüge für den Monat Juli am 14. d. Mts. auszuzahlen.

Krankheitsstatistik. In der 25. Jahreswoche vom 19. bis 25. Juni wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 9 (tödlich —), Rindpestfieber 2 (—), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs, sowie anderer Organe 12 (20), Scharlach 22 (—), Typhus (1), Paratyphus 1 (—), Flecktyphus 11 (1), Spinale Kinderlähmung 1 (—).

Schloßbrandhilfe. Für die Schloßbrandhilfe sind bei der Württ. Staatshauptkasse an Beiträgen bisher insgesamt 43 174,70 RM. eingegangen.

Führungen durch das Heresmuseum. Am Sonntag, den 10., und am Sonntag, den 17. Juli, je vormittags 11 Uhr finden Führungen durch das Heresmuseum im Neuen Schloß statt, die am 1. Sonntag die Zeit bis zum Dreißigjährigen Krieg, am 2. Sonntag die anschließenden Teile des Museums vorführen werden. Der Eintritt ist frei; die Besucher wollen sich schriftlich oder persönlich auf dem Sekretariat des Schloßmuseums anmelden.

Der 6000. Besucher im Deutschen Luftfahrt-Museum. Nachdem bis Dienstag, 28. Juni, 5500 Personen das Deutsche Luftfahrtmuseum besucht hatten, konnte bereits am 3. Juli der 6000. Besucher gezählt werden. Die Gewinner der Freisprüche waren eine junge Dame aus Stuttgart und ein Mitglied des freiwilligen Schutzes vom Betriebsamt Böblingen.

Kleinere Betriebsunfälle. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Beim Umsetzen eines Materialzugs auf der Neubaufstrecke des zweiten Gleises Dillingen—Leonberg entgleisten heute Dienstag vormittags 11.30 Uhr zwei Schotterwagen beim Haltepunkt Höfingen. Dabei erlitten ein Rottenführer und ein Bahnarbeiter einen Arterienbruch. Die Strecke war 1 1/2 Stunden gesperrt. Der Verkehr zwischen Dillingen und Leonberg wurde mit Postkraftwagen aufrecht erhalten.

In Steinheim (Murr) ist heute früh 9.50 Uhr beim Rangieren des Güterzugs 305 Heilbronn Süd—Marbach (Neckar) ein leerer Güterwagen auf Rollschienen entgleist. Verletzt wurde niemand. Die Strecke Steinheim (Murr)—Marbach (Neckar) war bis 5 Uhr abends gesperrt. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Vom Tage. In selbstmörderischer Absicht brachte sich ein 41 J. a. Mann in der Wiederholdstraße einen Schuß in die linke Brustseite bei. Der Lebensmüde wurde sofort in ein Krankenhaus eingeliefert. — Beim Kirchenspielen in einem Garten der Halbenbergstraße stürzte ein Gärtner infolge Leiterbruchs etwa sechs Meter hoch ab. Mit schweren Verletzungen mußte der Mann ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Aus dem Lande

Feuerbach, 5. Juli. 70. Geburtstag. Seinen 70. Geburtstag feiert morgen Karl Schneider, Mitbegründer und Teilhaber des Hauses C. Schneider, Metallwerk und Bergwerk, Feuerbach. Er wurde als Sohn des Glasfabrikmeisters Gottlob Schneider am 6. Juli 1862 in Paris geboren.

Ludwigsburg, 5. Juli. Große Feuerwehrrübung im Ludwigsburger Schloß. Die gesamte Freiw. Feuerwehr von Ludwigsburg einschließlich der Franzfeuerwehr und die Motorpomphe von Kornwestheim hielten gestern im Ludwigsburger Schloß eine große Übung ab. Die Autospritzen wurden aus dem Schloßgartensee und aus dem Schloßbrunnen gespeist. Rund 550 Meter Schlauchleitungen wurden gelegt. Nach der Freiw. Sanitätskolonne wickelte mit. Die Übung verlief zur vollen Zufriedenheit der staatlichen und städtischen Behörden.

Eßlingen, 5. Juli. 35. württ. Landesschießen. Die Hauptpreisrichter bei dem am Sonntag und Montag hier veranstalteten 35. württ. Landesschießen sind folgende: Gruppenschießen: Schützengilde Geislingen 1. Preis; Gesamtmeisterschaftsschießen Goldene Meisterschaftsmedaille: Honold (Ulm) und Rauch (Ravensburg); Meisterschaft auf Stand, Gruppe A: Robert Eblen (Stuttgart), Gröner (Geislingen); Meisterschaft auf Wehrmann, Gruppe A: Schuler (Ravensburg), v. Knoff (Giengen/Br.); Serienkariertpreise: Rauch (Ravensburg), Schuler (Ravensburg); Meisterspreis auf Stand: Honold (Ulm); Meisterspreis auf Wehrmann: Bertheimer (Stuttgart); Plättchenpreis auf Stand: Franz Fischer (Eßlingen); auf Wehrmann: Wilhelm Bayer (Eßlingen); Festscheibe Vaterland: Honold (Ulm); Festscheibe 550: Boffert (Stuttgart); Kleinkaliberscheibe Eßlingen: Honold (Ulm); Kleinkaliberscheibe: Schuler (Ravensburg) und Rauch (Friedrichshafen); Kleinkaliberjungscheiben: Paul (Stuttgart); Hauptscheibe Württemberg: Schwarg (Stuttgart).

Geislingen, 5. Juli. Todesfall. Am Samstag, 3. d. M., um 10 Uhr nachmittags starb im Alter von 63 Jahren Herr Martin Herrmann in seinem Wohnort Geislingen. Er hinterließ eine Frau und vier Kinder. Die Beerdigung fand am Montag, 5. d. M., um 10 Uhr nachmittags im Friedhof zu Geislingen statt. Die Beerdigung wurde von Pastor Dr. K. Müller abgehalten.

Tuttlingen, 4. Juli. Zum Bauarbeiterstreik. Am Samstag fanden in Karlsruhe Verhandlungen vor dem süddeutschen Schlichter Rat, der nochmals versuchen wollte, eine Einigung zwischen den streikenden Bauarbeitern und Unternehmern am Tuttlinger Bahnbau zu bewerkstelligen. Der Arbeitgeberverband für Württemberg erschien zu diesen Verhandlungen nicht, da er die Sache durch die Wiederaufnahme der Arbeit zu 60 % durch die Streikenden für erledigt fand.

Öppingen, 5. Juli. Das Gericht lächerlich gemacht. Ein Arbeitsloser aus Faurndau, der wegen Diebstahls vom hiesigen Amtsgericht zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt wurde, schickte während der Urteilsbegründung dem Gerichtsvorstand ins Gesicht. Auf die Frage des Richters, ob ihm die Strafe so lächerlich vorkäme, bestätigte dies der Angeklagte. Das Gericht erblühte in dem Verhalten eine Verächtlichmachung des Gerichts, diktierte ihm wegen Ungebühr zwei Tage Haft zu und ließ den Verurteilten zu seinem nicht geringen Erstaunen zur Strafverbüßung sofort ins Gefängnis abführen.

Leutkirch, 5. Juli. Mordtat. Der bei der Firma Eppeler und Söhne beschäftigte 24 J. a. Arbeiter Thomas Pfundstein, gebürtig von Lauterbach bei Schramberg, drang gegen 11 Uhr nachts in die Schienersche Wohnung, wo er früher selbst gewohnt hatte, ein und gab auf die Tochter Albertine Schiener, mit der er früher ein Verhältnis hatte, einen Schuß ab. Weitere Schüsse trafen den hinzukommenden Vater und den Täter selbst. Während die Tochter Albertine nur einen leichten Streifschuß am Kopf erhielt und der Vater, der abwehren wollte, lediglich an der Hand getroffen wurde, drang die Kugel dem Täter selbst ins Gehirn und verletzte ihn tödlich.

Sigmaringen, 5. Juli. Zwei Knaben in der Donau ertrunken. Drei zehnjährige Knaben haben sich aus einer alten Türe ein Floß zurechtgezimmert. Sie sind mit diesem Fahrzeug auf der Donau gewesen und anschließend alle drei gleichzeitig auf der einen Seite des Floßes gestanden. Alle drei stürzten ins Wasser. Einer von ihnen namens Schulde, konnte von einem Dachdecker gerettet werden. Die beiden anderen Knaben, Haag und Kleinmann, sind ertrunken.

Karlsruhe, 5. Juli. Fest der Württemberger. Bei außerordentlich starkem Besuch hielten am Sonntag die Württemberger-Vereine Deutschlands aus Anlaß des 40. Geburtstags des Vereins der Württemberger in Karlsruhe hier ihren Verbandstag ab, der in allen Teilen einen schönen Verlauf nahm.

Aus Stadt und Land

Magold, den 6. Juli 1932.

In alles und jedes einfließen lassen einen höheren Geist.

Dienstnachrichten.

Mit Ablauf des Monats Juli 1932 tritt in den dauernden Aufstand: Regierungsrat Magold, Vorsteher des Finanzamts Neuenbürg.

Mit Wirkung vom 1. August an wird der Steuerinspektor Friedrich Hellriegel vom Finanzamt Ford in gleicher Dienstleistung an das Finanzamt Schw. Hall versetzt.

Nächtlicher Niederschlag

Heute Nacht ging von 1/2 bis 2 Uhr ein ausgiebiger Plagenregen nieder, der eine Abkühlung jedoch nicht mit sich brachte. Stundenlang waren ferne Gewitter am nächtlichen Himmel zu beobachten.

Ausführung des Gewerbevereins

Wenn der Arbeitsanfall in allen Betrieben derart groß wäre, wie zurzeit beim Gewerbeverein und seinen Ausstellungsvereinen, dann wäre das goldene Zeitalter wieder angebrochen. Allerdings handelt es sich hier nur um ideale Arbeitsleistung, welche die bevorstehende Gewerbeausstellung mit sich bringt. So versammelte sich gestern Abend in der „Krone“ der Vereinsauswahl zum zentralen zu wichtigen Besprechungen, die teilweise lebhaftesten Ausprägungen im Gefolge hatten. Vorstand Herrmann Kapp brachte zur Kenntnis, daß es ihm gelungen sei, sehr wahrscheinlich den Württ. Wirtschaftsminister Dr. Mater zur Ausstellungseröffnung in Magold begrüßen zu können, seine Verhandlungen mit dem Rundfunk sind soweit gediehen, daß mit einer Übertragung der Darbietungen beim Festbankett zu rechnen sein dürfte. Angegliedert an die Gewerbeausstellung ist eine Schau der Gewerbeschule und deren Arbeiten unter Leitung von Schulrat Beutelbacher, sowie eine 10tägige Frantausstellung, die Obersekretär R. B. Kamp mit besonderem Programm aufziehen wird, anläßlich dessen der „Südjant“ eine „Sondernummer Magold“ zur Ausgabe bringt. Die von Hans Köll verfaßte Vereinsgeschichte wurde verlesen und „gut zum Druck“ befunden. Das Festbankett wird in der „Krone“, die Gewerbeausstellung im „Löwen“, wofür auch die Frantausstellung untergebracht ist, stattfinden. Zum Besuch der Gewerbeausstellung haben sich bereits schriftlich angemeldet, die Gewerbevereine von Kotten-

burg, Biberach, Munderkingen, Geislingen O. A., Balingen, Schelllingen und Dietenheim. Besonders interessieren dürfte der Plan, eine Lotterie über die Ausstellungsdauer zu veranstalten, zu deren Gelingen ein besonderer Ausschuß bestellt wurde. Der Eintrittspreis für sämtliche drei Ausstellungsräume ist einschließlich Führer auf 60 Pf. festgesetzt worden. Nach Erledigung verschiedener interner Fragen wurde die dreitägige Sitzung, der auch Bürgermeister Mater anwohnte, geschlossen und auf dem mitternächtlichen Heimweg waren sich die Vereinsfunktionäre bewußt, welche Fülle von Arbeit und Verantwortung ihrer noch harren. . . .

Vortrag Alma Karlin

Der vom Museum auf Dienstag angekündigte Vortrag im Hotel Post von Fräulein Alma Karlin dürfte sich guten Besuchs erfreuen. Und man hätte gewünscht, daß noch ein viel größerer Kreis sich eingefunden hätte, um den hochinteressanten Schilderungen der Erlebnisse Fräulein Karlin auf ihrer achtzehnjährigen Weltreise zu lauschen. Wer hätte dem herrlichen Persönchen so viel Mut, Energie und Ausdauer zugetraut, wie sie diese gefährliche Reise voraussetzte? Stundenlang noch hätte man mögen mitwandern und mitreisen, so fesselnd und mit viel Humor erzählte Fräulein Karlin vom Leben und Wesen der Bewohner besonders der Südeinseln, vom Kampf mit Ungeziefer und Tieren, von überwollenden Menschen, ja sogar mit Menschenfressern. Wissenschaft und Forschungsdrang ließen Fräulein Karlin all die Schwierigkeiten und Hindernisse, die ihr in jeglicher Gestalt entgegentraten, tapfer ertragen und jeder der gespannt lauschenden Zuhörer wird unbedingte Hochachtung vor dieser mutigen Frau bekommen haben. Wer sich mit den Erlebnissen Fräulein Karlin noch mehr beschäftigen, mehr von ihren Forschungen hören möchte, lese ihre Bücher und erweise dadurch seinen Dank für die interessanten Abendstunden, die sie uns geschenkt hat.

Spiegel und Spione

heißt die Artillerie, die wir heute beginnend, jeweils Mittwoch und Samstags veröffentlichen werden. Wir vermitteln damit unsern Lesern äußerst spannende Aufzeichnungen über die Vorgeschichte der russischen Revolution von B. Hoffmann-Harnisch und Klaus Gustav Hollaender, die berechtigtes Aufsehen erregen werden.

Verlag und Schriftleitung des „Gesellschafter“

Warum das Verbot der SA. und SS. aufgehoben wurde!!

Um ein Linjengericht haben die Nationalsozialisten die wirtschaftlichen Notverordnungen der Papen-Regierung in Kauf genommen. Um wieder in Uniform marschieren zu dürfen, haben die Nationalsozialisten die Papenregierung gestützt und dieses Kabinett brachte eine Notverordnung nach welcher in so unsozialer Weise die Renten gekürzt wurden. Auch die Salzsteuer und die Herabsetzung der Umsatzsteuer, nach der auch die Betriebe der kleinen Geschäftsleute und der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe, welche unter 5000 Mark umsehen durch 2prozentige Umsatzsteuer ungerichtet belastet werden, haben die Nazis verhängt. So schreiben Nazis- und Zentrumszeitungen aller Schattierungen. Mit allen Mitteln versucht man diese ungerichte und somit unsoziale Notverordnung als „Hitlernotverordnung“ dem Volke aufzuschwätzen.

Dazu sei erwähnt, daß wir diese Notverordnung strikte ablehnen, obwohl wir genau wissen, daß diese einschneidenden Verordnungen zurückzuführen sind auf die Mißwirtschaft der letzten 14 Jahre, nicht zuletzt zeichnet die Brüningregierung, welche von oben erwähnten Kreisen gestützt oder toleriert wurde, verantwortlich dafür. Wir NS. haben gewarnt seit Jahren und heute nun schreien die Herrschaften: „Halte den Döb!“

Wir sind also am Zustandekommen der Papenregierung gar nicht beteiligt und kein einziger Nationalsozialist ist in dem Papenkabinett. Eine „Hitlernotverordnung“ würde etwas anders aussehen. Wenn das Papenkabinett nun auch eine Notverordnung erläßt, nach welcher das SA. und SS.-Verbot wieder aufgehoben wurde, so wurde dadurch nur eine ungeheure Ungerechtigkeit wieder gut gemacht.

Wie das SA. und SS.-Verbot zustande kam, ist kennzeichnend für den Geist gewisser verantwortlicher „Staatsmänner“. Dem Verbot liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Reichswehr- und Innenminister Dr. Gröner erschien eines Tages bei Reichspräsident von Hindenburg und erklärte ihm, das Kabinett (Brüningkabinett) hege den einmütigen Wunsch, daß die SA. und die SS. verboten werde. Reichspräsident von Hindenburg wollte sich dem einmütigen Wunsch des Kabinetts nicht verschließen und unterzeichnete die Verbotserordnung. Nachdem nun Gröner die Unterschrift Hindenburgs in der Tasche hatte, ging er zu der Sitzung des Reichskabinetts und erklärte dort, es sei der Wunsch des Reichspräsidenten, daß die SA. und SS. verboten werde und er bitte dringend, diesem Entschluß des Reichspräsidenten einmütig beizutreten, zumal der Reichspräsident seine Unterschrift bereits gegeben habe. Das Kabinett war der Auffassung, daß wenn der Reichspräsident seinen Namen unter die Verordnung gesetzt habe, er seine bestimmten Gründe dafür haben werde und beschloß auch seinerseits das Verbot einmütig. Eines Tages aber kam es heraus, wie sich Gröner erst die Unterschrift Hindenburgs und dann die Unterschrift des Reichskabinetts erschlichen hat und Gröner, sowie das Gesamtkabinett kam darüber zu Fall. Was Wunder, wenn Reichspräsident von Hindenburg, als er sah, wie er hintergangen wurde, die Ungerechtigkeit wieder gut machte.

Die Sache mit dem Linjengericht ist also so, daß Dr. Gröner sich durch Vorpiegelung falscher Tatsachen die Unterschriften erschlichen hat, wie Jakob Leinerzeit den Erstgeburtstrogen.

Dieses ungeheuerliche Vorkommnis sollte jedem Deutschen zu denken geben.

Im übrigen warten wir einmal den 31. Juli ab und wenn es Nazismus und Zentrum fertigbringen, durch Unterfützung oder durch Tolerierung des Papenkabinetts den Nationalsozialismus an der Machtergreifung zu verhindern, tun sie es.

Ich möchte nur daran erinnern, wie die Nazis vor zwei Jahren gegen das Brüningkabinett Sturm gelaufen sind. Nachträglich aber haben sie alles geschluckt.

Deutsches Volk, die Augen auf! Erkenne deine Feinde!
H. Wagner, M. d. L.

Rückblick auf die wirtschaftl. Verhältnisse des Handwerks im Monat Juni

Die Handwerkskammer Reutlingen schreibt hierzu: Im ganzen genommen hat sich die Lage des Handwerks im letzten Monat nicht viel verändert. Die Ergebnisse waren meistens durchaus unbefriedigend und nicht besser als bisher, obwohl diese Jahreszeit sonst den größten Arbeitsanfall zu bringen pflegt. Im einzelnen lagen die Beschäftigungsverhältnisse im letzten Monat, allerdings nur in einer kleinen Anzahl von Orten des Kammerbezirks nicht gerade schlecht, hauptsächlich deshalb, weil sich die Bautätigkeit hier besser entwickelte, als es ursprünglich den Anschein hatte. — Die Umsätze hielten sich etwa auf der Höhe des Vormonats, liegen jedoch gegenüber dem Stand von vor 2-3 Jahren fast um die Hälfte niedriger. Nicht zuletzt schadet die Unklarheit der innen- wie außenpolitischen Lage der Wirtschaft schwer. — Besondere Klagen wurden darüber laut, daß die Zahlungsweise vielfach immer schlechter wird und daß sich die Verluste an Kundenständen mehren. Um überhaupt ein Geschäft zu machen, sieht sich mancher genötigt, außerordentlich lange Zahlungsfristen dem Kunden zuzubilligen. Die finanzielle Beweglichkeit des Handwerks ist dadurch weitgehend vermindert, deren Auswirkungen sich wieder auf seine Lieferanten usw. übertragen. Eine Krankheitserscheinung der Krisis, die abzuwenden jeder etwas mitbessern kann, wenn er sich entsprechend verhält. —

Daß die Steuerlasten im Handwerk viel zu groß sind und die Betriebe darunter fast zusammenbrechen müßten, darauf wurde schon öfters hingewiesen. Eine schärfere Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit würde jedenfalls für das Handwerk, gemessen am gesamten Steueraufkommen, schon eine merkwürdige Erleichterung bringen.

Schnell wie beim Baugewerbe, war es bei den Baugewerben der Gipser, Glaser und Maler. Im Juli gab es teilweise etwas mehr Arbeiten, jedoch nur für kürzere Zeit, so daß sich schon gegen Ende des Monats wieder ein Nachlassen des Geschäftsganges bemerkbar machte. Ungenügend Arbeit hatten auch die Bekleidungs- und Schuhmacherbetriebe. Das gleiche gilt von den holzverarbeitenden Betrieben. Ebenso wird von den Metallgewerben das Geschäft im Juni durchweg als unbefriedigend bezeichnet. Anzeichen einer leichten Besserung anfangs des Monats machten bald wieder einer ausgesprochenen Verflattung Platz. Besonders gilt dies vom Schlosser- und Mechanikerhandwerk. Etwas mehr Arbeit hatte das Schmiedehandwerk, infolge der vermehrten Auftragserteilung durch die Landwirtschaft. Bei den Lebensmittelbetrieben ließ sich ein weiterer spürbarer Rückgang der Umsätze feststellen.

Ablehnung einer Forderung der Uebergangsbekanntmachungen für die Erhöhung der Umsatzsteuer

Der Reichsverband des Deutschen Handwerks hatte beim Reichsfinanzminister angetragt, die zeitliche Beschränkung in der Uebergangsregelung für die Umsatzsteuererhöhung nachträglich aufzuheben und stat dessen jedem steuerpflichtigen Gewerbetreibenden zu gestatten, daß er von seinen Einnahmen des Jahres 1932 den Teil mit einer Umsatzsteuer von 0,85 Prozent versteuert, der der Höhe der Lohnstände laut Innen- und Bilanz nach dem Stande vom 31. Dezember 1931 gleichkommt. Auf diese Eingabe hat der Minister nunmehr geantwortet, daß er auch bei wohlwollender Würdigung der besonderen Verhältnisse mit Rücksicht auf den zu erwartenden finanziellen Ausfall und aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung zu seinem Bedauern einer Abänderung der Vorschriften nicht nähertritten könne. Der Minister weist noch darauf hin, daß den Steuerpflichtigen nach § 5 Absatz 1 der Verordnung mangels abweichender Vereinbarung der zivilrechtliche Anspruch auf einen Preiszuschlag in Höhe der Umsatzsteuererhöhung zugehört ist, wenn sie für Leistungen aus Verträgen, die vor dem Tage der Verkündung der Verordnung abgeschlossen worden sind, bei Vereinnahmung der Entgelte nach dem 30. Juni 1932 die Umsatzsteuer nach den Sätzen von 2 bzw. 2 1/2 v. H. zu entrichten haben.

Hausierhandel mit Polstermöbeln

Aus Kreisen des Handwerks war wiederholt Beschwerde darüber geführt worden, daß es den Hausierhändlern mit Polstermöbeln von den Reichsbahndirektionen erlaubt wurde, ihre Polstermöbel, welche sie durch die Reichsbahn an die einzelnen Orte befördern ließen, unmittelbar von Güterwagen heraus auf dem Güterbahnhof, also auf reichsbahneigenem Gelände, zu verkaufen. Die Vorstellungen bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft haben nunmehr zu dem erfreulichen Ergebnis geführt, daß die Reichsbahndirektionen in Zukunft den Verkauf von Polstermöbeln aus den Eisenbahnwagen heraus nicht mehr zulassen werden.

Neuenbürg, 4. Juli. Personalwechsel. Der Verwaltungsrat der Oberamtsparität hat zum Nachfolger seines bisherigen Beamten Schumacher, der, wie kürzlich berichtet, zum Direktor der Oberamtsparität Röhlingen a. d. E. berufen wurde, den Ratsherrn Schäfer hier gewählt. Es hatten sich 34 Bewerber gemeldet.

Freudenstadt, 4. Juli. Zar Ferdinand von Bulgarien, der seit einer Reihe von Jahren in Deutschland lebt, ist gestern auf einer Autoreise mit seiner Tochter nach Freudenstadt gekommen und hat im Hotel „Waldbau“ Mittag gemacht.

Freudenstadt, 5. Juli. Vino A. G. Die Generalversammlung der Vino A. G., Chemische Fabrik Freudenstadt, vom 4. Juli 1932, in das gesamte A. G. vertreten war, beschloß eine Dividende von 8 Prozent gegenüber 10 Prozent im Vorjahr. In den Bilanzjahren ist eine wesentliche Veränderung nicht eingetreten, da größere Neuanschaffungen nicht vorgenommen wurden. Der Vorstand berichtete über den Geschäftsgang und die Aussichten. In den verschiedenen Zweigen des Unternehmens mocht sich ein gewisser Umschwung bei zurückgelegten Verkaufspreisen bemerkbar. Der bisherige Aufsichtsrat wurde wiedergewählt.

Für Reise und Wanderungen

Silbe und Staub erschließen den Körper besonders beim Reisen und Wandern. Eine gründliche Zahnpflege mit Chlorodont Zahnpasta und Zahnbürste, sowie eine kräftige Mundspülung mit dem frisch erscheinenden Chlorodont-Mundwasser wirken wohltuend, verschaffen das Gefühl der Sauberkeit und immer schöne weiße Zähne

Letzte Nachrichten

Der Remelstreit vor dem Haager Gerichtshof.

Haag, 5. Juli. Der Internationale Gerichtshof wird die Verhandlungen im Remelstreit am kommenden Montag wieder aufnehmen.

Nationalsozialisten verlangen Verhaftung Grzeszotis.

Berlin, 5. Juli. In Anschlag an die Vorgänge, die sich nach der Verfall-Kundgebung im Berliner Volkspark am 28. Juni abgepielt haben, hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, die an den Ausschreitungen beteiligten Polizeibeamten ohne Unterschied der Rangstufe sofort zu entlassen und in die Gefängnisse der Republik einzuliefern. Sämtliche beteiligten Polizeibeamten sollen mit ihren Einkommen und Vermögen für die Wiedergutmachung des von ihnen bewußt herbeigeführten Schadens haften. Zum Schluss wird verlangt, daß der Berliner Polizeipräsident Grzeszotz sofort verhaftet und einem deutschen Gericht zur Aburteilung vorgeführt wird.

Politische Zusammenstöße.

Magdeburg, 5. Juli. Ein Angehöriger der KPD wurde in der Nacht vom 4. zum 5. Juli überfallen und durch einen Stich in die Lunge schwer verletzt. Vier der Tat dringend verdächtige Personen wurden festgenommen.

Duisburg, 6. Juli. Dienstagabend kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden. 5 Personen wurden durch Steinwürfe und Schläge schwer verletzt, so daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Von insgesamt 28 Festgenommenen wurden 5 in Haft gehalten.

Der Reichspräsident nach Keudel abgereist.

Berlin, 5. Juli. Reichspräsident von Hindenburg ist heute abend in Begleitung seines Sohnes nach Schloß Keudel abgereist.

Willi Klare hat das Urteil angenommen.

Berlin, 6. Juli. Willi Klare hat die gegen seine Beurteilung zu 4 Jahren Zuchthaus angemeldete Revision zurückgenommen und erklärt, daß er das Urteil annimmt. Das Urteil ist damit rechtskräftig geworden.

Aus aller Welt

Anschlagplan auf Erzherzog Albrecht?

Vor einiger Zeit sind zwei Russen aus Ungarn ausgewiesen worden. Aus dem Untersuchungsgefängnis konnten sie einen Brief in Geheimschrift hinaussmuggeln, der aber der Polizei in die Hände fiel und entziffert werden konnte. Der Brief enthält Angaben über einen geplanten Mordanschlag gegen den Erzherzog Albrecht. Die Polizei versucht Licht in die Angelegenheit zu bringen.

Ein Amt in Konkurs.

In der Amtsversammlung des Amts Hagenow in Mecklenburg-Schwerin teilte Amtshauptmann Busch mit, das Amt sei der Miswirtschaft seines sozialdemokratischen Amtsvorgängers Wohlers mit 3 Millionen Mark verschuldet, mehr als sämtliche anderen Ämter zusammen. Es bleibe nichts anderes übrig, als beim Amtsgericht den Konkurs zu beantragen. — Das Amt Hagenow hat 4000 Einwohner.

Brand in der Marburger Klinik.

In der Universitäts-Frauenklinik in Marburg a. d. Lahn brach in der Nacht zum Dienstag ein Dachstuhlbrand aus, der von der Feuerwehr nach kurzer Zeit gelöscht wurde. Für die Kranken bestand keinerlei Gefahr.

Schmuggler erschossen.

Ein Danziger Schutzpolizeibeamter stellte in der vergangenen Nacht bei Neufahrwasser vier Alkohol- und Tabaksmuggler. Auf der Flucht wurde der eine Schmuggler erschossen. Zwei konnten verhaftet werden, der vierte entkam.

Selbstmord des Generalinspektors im französischen Pensionsministerium.

Pensionsminister Verthold entdeckte am Montag in dem Büro eines seiner Mitarbeiter die Leiche des Generalinspektors im Pensionsministerium, Marcel Lehmann, der sich in seinem Büro erschossen hatte. Die Tat dürfte er bereits am Samstagabend, als er allein im Büro geblieben war, begangen haben. Der Grund ist noch unbekannt.

Todesopfer am Unabhängigkeitstagsfest in Amerika.

Das Wochenende und die Feier des Unabhängigkeitstags (4. Juli) haben in den Vereinigten Staaten über 150 Todesopfer gefordert. Ungefähr 100 Personen haben durch Autounfälle, 60 durch Ertrinken, 8 durch Feuerwerksexplosionen ihr Leben eingebüßt.

Eine Stadt durch Munitionsexplosion zerstört?

Einer Erchange-Meldung aus Echarin zufolge soll die Stadt Tumbel an der Subal-Eisenbahn am Montag durch die Explosion eines Munitionslagers vollständig zerstört worden sein. Viele Menschen seien ums Leben gekommen.

Handel und Verkehr

Abkündigung des schwedischen Handelsvertrags

Wie zu erwarten ist, ist der deutsch-schwedische Handelsvertrag am 5. Juli deutschseits gekündigt worden, und zwar voraussichtlich auf Ende Januar 1933. Die Vertragskündigung ist eine der Maßnahmen, die der neue Reichsernährungsminister v. Braun im Sinn einer Änderung der bisherigen Handelsvertragspolitik angekündigt hat. Hierdurch wird vor allem bezweckt, die bisherige Zollbindung für weiches Rundholz und Schnittholz, Kindeich, Schafe, Speck, Schmalz und Käse zu beseitigen, so daß Deutschland wieder freie Hand für die Zollgestaltung für diese Handelswaren erhält, für die Schweden bisher starke Vergünstigungen eingeräumt waren, die auf Grund des Weisheitsbegünstigungssystems die Durchführung von Schutzzöllen anderen Vertragsstaaten gegenüber unmöglich machte. Mit Ablauf des Schwedenvertrags wird auch Zollfreiheit für Pflastersteine aufhören.

Der Schlichterstreik in Berlin

Am Protest gegen die am 1. Juli in Kraft getretene Schlichter in Berlin haben die Berliner Großschlichter einen Streik begonnen, indem sie auf dem letzten Schlichtermarkt keine Schlichter mehr kauften. Nun haben sich auch die Bodenbeschlichter dem Streik angeschlossen und beschloßen, dem Dienstag-Markt fernzubleiben. Da die Schlichter vor dem Steuertermin sich mit Schlichterstreik genötigt gesehen hatten, war die Wirtschaftsentwicklung Berlins bis jetzt nicht beeinträchtigt, doch wird auch beabsichtigt, alle Wirtschaftszweige auf einen Tag zu schließen. Der Reichsernährungsminister hat die Schlichter wissen lassen, daß er ein weiteres Fortbleiben vom Schlichtermarkt nicht gutheißen könne und nötigenfalls Maßnahmen treffen werde, um den Streik zu beenden. Der Berliner Bezugsverein hat darauf geantwortet, die Wirtschaftsentwicklung sei nicht gefährdet, es müßte aber für das Fleisch ein Aufschlag von 10 Pfg. je Pfund eintreten.

Zum Schlichtermarkt am Dienstag sind von rund 800 Großschlichtern nur 5 oder 6 auf dem hiesigen Schlichterhof erschienen. Der Auftrieb war sehr gering.

Berliner Pfandkurs, 5. Juli, 14,93 G., 14,97 B.
Berliner Dollarkurs, 5. Juli, 4,209 G., 4,217 B.
Dt. Rbl.-Ant. 42,25, ohne Ant. 4,55.
Preisindex 4,75 v. h. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 5. Juli, Grundpreis 40,30 RM, d. G.

9,905 Milliarden RM. Sparfahrsparnisse im Reich.

Abnahme um 50,7 Mill. RM. Ende Mai 1932 beliefen sich die Sparfahrsparnisse bei den deutschen Sparkassen auf 9,905,12 Mill. RM. gegenüber 9,955,84 Mill. RM. Ende April d. J. Der Berichtsmontat weist mithin eine Abnahme um 50,72 Mill. RM. auf gegenüber einer Zunahme um 4,64 Mill. RM. im Vormonat. Am einzelnen betrugen die Einzahlungen 373,34 (April 488,84) Mill. RM., davon aus Aufwertung 11,45 (45,47) und aus Einzahlungen 6,89 (17,44) Mill. RM. Die Auszahlungen stellten sich auf 424,06 (484,16) Mill. RM. Die Depositionen, Giro- und Kontokorrenteinträge betrugen am Ende des Berichtsmontats 1259,60 gegenüber 1250,65 Mill. RM. Ende April d. J.

Die Umsätze der deutschen Waren- und Kaufhäuser sind vom April zum Mai trotz Einführung geringerer Waren um 26,7 v. h. geringer gewesen als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Einfuhrbeschränkungen in der Schweiz.

Der schweizerische Bundesrat hat eine weitere Gruppe von Einfuhrbeschränkungen erlassen und die Kontingente auf 75 Proz. der letztjährigen Einfuhren festgesetzt. Sie betreffen u. a. totes Geflügel, Fische, verschiedene Holzarten, Bärskinwaren und Pinakel, Löffelwaren, Dampf- und andere Kessel.

40 448 landwirtschaftliche Genossenschaften.

Nach der Statistik des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschafts-Kassen waren am 1. Juli insgesamt 40 448 landwirtschaftliche Genossenschaften vorhanden. Der Bestandsrückgang mit einem effektiven Abgang von 23 Genossenschaften ist etwas geringer als im Vormonat mit 36.

Schlagartenbau AG. Stuttgart.

Es wird vorgeschlagen, nun dem unter Berücksichtigung des Vortrags vom Vorjahr von 17 096 Mark sich ergebenden Gewinn von 62 151 M. eine Dividende von 2 Prozent zu verteilen und den Rest von 2151 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Zahlungseinstellung. Herren- und Anabenbekleidungsfirma Bernward Weinweger, geg. 1888: Verbindlichkeiten 2,07 Millionen Mark. — Eisenbahnfabrik Müller u. Siller, Wuppertal-Barmen. Verbindlichkeiten 781 000 RM.

Die Lage in der Eisenindustrie.

Die kleine Frühjahrsoberlegung in der Eisen erzeugenden Industrie hielt im Juni teilweise noch an, jedoch kam das Geschäft aus dem bisherigen bescheidenen Rahmen nicht heraus. Im übrigen sieht man in der Großhüttenindustrie, da die Abwicklung der Auftragsarbeiten them Ende entgegensteht, die Reichsbahn weiterhin mit Aufträgen zurückhält und auch der Auftragsingang aus dem Ausland sehr schwach ist, den nächsten Monaten mit großer Beforgnis entgegen.

Die Mobilversicherung in Württemberg.

Nach einer Zusammenfassung über die Geschäftsergebnisse der Mobilversicherungsgesellschaften in Württemberg gab es am Ende des Jahres 1931 723 515 Policen (im Vorjahr 716 722) mit einer Versicherungssumme von 8 515 099 843 (8 592 057 864) M. An Brandentschädigungen wurden bezahlt 3 491 446 RM., auf 5317 Policen gegen 3 922 642 M. 5112 im Vorjahr. Die Prämieinnahmen stellten sich auf 11 299 028 RM. gegen 11 731 199 im Vorjahr.

Stuttgarter Börse, 5. Juli.

Die heutige Börse eröffnete zu festen Kursen. Im Verlauf der lebhaftesten Geschäft weiter freundlich. Schluss fest. Am Rentenmarkt anhaltende Nachfrage nach Goldpandbriefen und Mittelstuf-Anleihe, wobei die Kurse 1 bezw. 2 Prozent gestiegen wurden. Der Aktienmarkt war bei lebhafteren Umständen fest.

Berliner Getreidepreise, 5. Juli.

Weizen m.ä. 23,50—23,70, Roggen 18,60—18,80, Futter- und Industrieernte 16,20—17,20, Hafer 15,70—16,10, Weizenmehl 30,25—34, Roggenmehl 25,60 bis 27,40, Weizenkleie 10,10—10,50, Roggenkleie 10—10,50.

Magdeburger Zuckerpreise, 5. Juli.

Innenhalb 10 Tagen 32,20, Juli 32,55. Tendenz ruhig.

Bremen, 5. Juli.

Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 6,96.

Markte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 5. Juli.

Dem heutigen Markt in Stuttgarter Vieh- und Schlachtvieh waren zugeführt: 23 Ochsen, 73 Bullen, 274 Jungbullen, 368 Jungkühe, 190 Kühe, 1403 Kälber, 1918 Schweine. Davon blieben unvertauft: 3 Ochsen, 13 Bullen, 34 Jungbullen, 18 Jungkühe, 19 Kühe. Verlauf des Marktes: Großvieh mäßig, Uebertrieb; Kälber ruhig; Schweine befest.

Ochsen:		Kühe:	
ausgemästet	weilfellig	ausgemästet	weilfellig
31-34	25-28	12-15	9-11
22-24	—	—	—
Bullen:		Kälber:	
ausgemästet	weilfellig	feinste Mast- und beste Goughälber	mittl. Mast- und gute Goughälber
25-28	22-23	35-39	29-33
20-21	—	24-28	—
Rinder:		Schweine:	
ausgemästet	weilfellig	über 300 Pfd.	240-300 Pfd.
36-37	28-34	43-44	41-42
24-27	—	14-15	41-42
—	—	200-240 Pfd.	41-42
—	—	100-200 Pfd.	42-43
—	—	120-160 Pfd.	40-41
—	—	unter 120 Pfd.	40-41
Älter:		Sauen:	
ausgemästet	weilfellig	—	—
22-28	17-21	30-34	—

Am, 5. Juli. Schlachtviehmarkt, Zutrieb:

3 Ochsen, 20 Fohlen, 46 Kühe, 15 Rinder, 162 Kälber, 278 Schweine. Preise: Ochsen 1, 28-30, Fohlen 1, 20-22, 2, 17-19, Kühe 2, 12-15, Rinder 1, 31-33, 2, 27-30, Kälber 1, 30-32, 2, 25 bis 28, Schweine 1, 37-39, 2, 34-36 M. Marktverlauf: Großvieh und Kälber langsam gedumt; Schweine geringe Ueberstände.

Pforzheim, 5. Juli. Schlachtviehmarkt, Zutrieb:

6 Ochsen, 5 Kühe, 50 Rinder, 3 Fohlen, 57 Kälber, 5 Schafe, 27 Schweine. Preise: Ochsen 1, 32-34, 2, 27-30, Fohlen 1, 27, 2, und 3, 25-28, Kühe 1, 24, 2, und 3, 20-12; Rinder 1, 35 bis 37, 2, 32-34, Kälber 2, 36-39, 3, 32-35, Schweine 2, 44 bis 45, 3, 43-45, 4, 42-44 M. Marktverlauf: Mäßig befest, Ueberstand.

Pforzheim, 5. Juli. Pferdemarkt, Zutrieb:

93 Pferde, darunter 4 Fohlen. Preise: Schlachtpferde 40-40, leichte und ältere Tiere 100-350, mittlere 400-700, schwere Arbeitspferde 750-1100 RM.

Viehpreise, Hechingen:

Rinder 70-270, fruchtige Kalbinnen und Kühe 270-370, Wurstkühe 80-140.

Schweinepreise, Hechingen:

Milchschweine 11,50-19, — Hechingen: Milchschweine 15-20, — Kirchheim-T.: Milchschweine 16-24, Fäuser 25-50.

Fruchtpreise, Hechingen:

Milch 13,10, Roggen 12,50, Gerste 10, Haber 9-9,20, — Leutkirch: Gerste 10,50, Haber 10,30, Weizen 10,50.

Stand der wichtigeren Tierzuchten in Württemberg.

Am 30. Juni 1932 war der Rindviehbestand in 1 Oberamt mit 1 Gemeinde und 1 Gehöft, die Fohlenbestand der Fohlen in 9 Oberämtern mit 9 Gemeinden und 19 Gehöften, die Rinder der Schafe in 1 Oberamt mit 1 Gemeinde und 1 Gehöft, die Schweinebestand in 1 Oberamt mit 1 Gemeinde und 1 Gehöft verzeichnet. Ferner traten auf die Kopfzahl der Pferde in 17 Oberämtern mit 29 Gemeinden und 31 Gehöften, sowie die anstehende Futuramt der Pferde in 27 Oberämtern mit 63 Gemeinden und 73 Gehöften.

Das Wetter

Unter dem Einfluss des über Zentraluropa lagernden Hochdruckgebietes ist für Donnerstag und Freitag vielfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Zeitschriftenchau

Ihre Reiseausstattung stellen Sie am besten nach den Richtlinien zusammen, die Ihnen die „Elegante Welt“ in ihrem jeden erschienenen, neuesten Heft gibt. Genau so wie Sie sich vor einem „Juwel“ hüten müssen, so auch vor einem „zu wenig“: denn nichts ist unangenehmer, als für irgend eine Gelegenheit nicht den passenden Anzug zu haben. Wie Sie beides umgehen, sagt Ihnen die „Elegante Welt“, und sie gibt Ihnen zudem noch manchen wertvollen Rat, den Sie in Bezug auf die Reise selbst und den Aufenthalt an der See oder im Gebirge.

Auf alle in obiger Spalte angegebenen Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung G. W. Zaiser, Nagold, Bestellungen entgegen.

Gestorbene: Johann Georg Gauß (Hansjörg) 68 J., Wittensweiler

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten einschließlich der Beilage Haus, Garten- und Landwirtschaft.

Amtsgericht Nagold.

Ueber den Nachlass der am 19. 6. 32 in Oberschwandorf verstorbenen Weizermeister's Witwe Marie Reger geb. Vertsch wurde am 4. 7. 32, vorm. 9 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet

Konkursverwalter: Bezirksnotar Osterlag in Daiterbach. Offener Arrest mit Anzeigefrist 23. 7. 32. Ablauf der Anmeldefrist 25. 7. 32. Erste Gläubigerversammlung und allgemeiner Prüfungstermin am Montag, den 1. 8. 32, nachm. 3 Uhr, vor dem Amtsgericht Nagold.

Zur Gewerbeausstellung Nagold

empfehle den Herren Schreinermeister zum Einbauen

Hausuhr- u. Tischuhrwerke

in verschiedenen Ausführungen zu billigsten Preisen

Fr. Günther, Uhrmacher, Nagold

Allgemeine Kredit- u. Depositenbank AG.

Abt. Zwecksparkasse Berlin, Stammkap. RM. 500000. — gibt unkündbare Darlehen für alle Zwecke, nach kurzer Wartezeit, kleine monatliche Rückzahlungen. Kostenlos Auskunft und Prospekt durch Generaldirektor für Württemberg, Stuttgart, Kornbergstrasse 23, Telefon 23017.

Wer wagt gewinnt!

Kaufen darum auch Sie ein Los aus der Kollekte von

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold

Württembergische Geld-Lotterie

Sofortiger Gewinnscheid. Sofortige Gewinnauszahlung. Lospreis 1 M.

10. Geldlotterie zur Wiederherstellung des Münsters in Breisach

Ziehung am 9. Juli 1932. Doppel-Los 1 M. Höchstgewinn 5000 M.

Bremer Geldlotterie zu Gunsten des Bremer Domes

Höchstgewinn 50 000 M. Ziehung 15.—19. Juli 1932. Lose zu 1 M.

Stuttgarter Schloßbrandhilfe-Geldlotterie

Ziehung 12. und 13. August 1932. Höchstgewinn 25 000 M auf ein Doppelloß, 12 500 M auf ein Einzellö. Lospreis 50 J, Doppelloß 1 M.

Ebhäuser

Die gestern bekanntgemachte

Zwangsversteigerung

findet nicht statt.

Geschäftsvollzieherstelle

Nagold.

Verkaufe od. tausche

Wardis-Wagen 5/18, 6

Zbl. offen, in tadellosem

Zustand, gegen Motorrad

oder Kleinauto, auch möb-

liches. Christian Rauch,

Sutz a. Neckar.

Die neuesten

Notverordnungen

(vom 14. u. 28. Juni 1932)

mit

Ergänzungsbestimmungen

in 1 Bändchen vereinigt

und für 70 J vorrätig bei

G. W. Zaiser.

Welche Familie ist 100 Jahre?

im Besitz eigenen Geschäfts, Handwerks oder der Firma? Um baldgefl. dementsprechende Angaben bittet der

Gewerbeverein Nagold.

Wer sich für die weiteren Forschungen und Ergebnisse der kühnen Weltreisenden „Karlin“ interessiert, lese die Bücher:

Alma M. Karlin: Einfame Weltreise geb. 5,40

Im Banne der Südsee „ 6,30

Mythik der Südsee Bd. 1 und 2 „ je 2,40

Drachen und Geister „ 4,30

Vorrätig bei

G. W. ZAISER, Buchhandlung, Nagold